



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *Rhetorische Aufrüstung der Parteien vor der Autonomiedebatte*

Vor der wohl wichtigsten „Megadebatte“ in diesem Jahr am 2. November im spanischen Parlament zum Entwurf des Autonomiestatuts (Regionale



Verfassung) von Katalonien fahren alle Parteien große Geschütze auf, um das Volk für ihre Sache zu mobilisieren. Die Wirkung bleibt nicht aus: In zahlreichen Parteiveranstaltungen und massenhaften Interviews der Parteispitzen ist die Bevölkerung derart polarisiert worden, dass die Tagespolitik in Spanien nur noch vom Thema Katalonien beherrscht wird. Das Land scheint momentan politisch paraly-

siert. Noch Anfang vergangener Woche hatte der PP-Vorsitzende Mariano Rajoy mit einem Antrag beim Ältestenrat versucht, das Statut im Parlament als Verfassungsreform behandeln zu lassen. Nachdem dieser mehrheitlich abgelehnt wurde, kündigte die PP eine Verfassungsklage für den Fall der Annahme des Statuts und der damit implizierten „verdeckten Verfassungsänderung“ an. PP-Fraktionssprecher Zaplana äußerte, der Antrag sei nur deswegen abgelehnt worden, um das Volk von der Verfassungsreform

auszuschließen. Die PP wolle Zapateros Täuschungspolitik an die Öffentlichkeit bringen, denn die Spanier wollten keine Spaltung des Landes. Das Volk müsse wissen, dass das Statut letztendlich die spanische Verfassung aushebele und damit die Einheit Spaniens gefährde. Gleichzeitig aber warnte er vor einem drohenden Boykott katalanischer Produkte, zu dem inzwischen über zahlreiche Internetforen und SMS-Aktionen aufgerufen wird. Spontan lud Mariano Rajoy zu



einer am Freitag von der PP-nahen **Stiftung FAES** organisierten Veranstaltung mit katalonischen

Unternehmern ein, um zu versichern, er werde gegen all diejenigen kämpfen, die sich für einen Boykott einsetzen. Es sei tragisch, dass die Regierung von Zapatero es soweit habe kommen lassen, so Rajoy.

Zaplana bezichtigte Zapatero, nur aus machtpolitischen Gründen zu handeln. Da er von den katalonischen Linksnationalisten im spanischen Parlament abhängig sei, begünstige er Katalonien vor dem Baskenland. Nach einem Vergleich des Statuts mit dem „Ibarrexe-Plan“ habe die PP insgesamt 25



verfassungswidrige Übereinstimmungen gezählt. Die Regierung könne nicht auf der einen Seite den baskischen Plan als verfassungswidrig ablehnen und dann auf der anderen Seite behaupten, der Entwurf des katalonischen Statuts könne verfassungskonform überarbeitet werden.

Mit dieser Botschaft ging Rajoy an die Öffentlichkeit und erntete sogleich erhöhte Zustimmung in den Meinungsumfragen. Die PSOE warf der PP daraufhin vor, mit ihrer Öffentlichkeitskampagne einen territorialen „Zusammenstoß“ zu verursachen. Die PP wiederum beschuldigte die Regierung, das Statut mit aller Gewalt durchsetzen zu wollen und bezeichnete die Autonomiepolitik Zapateros als „totales Durcheinander“. Zapatero mache der Bevölkerung etwas vor, wenn er meine, das Chaos in Ordnung bringen zu können, für welches er alleine verantwortlich sei, sagte PP-Sprecher Gabriel Elorriaga. Auch wenn die PSOE die kategorische Ablehnung der Reform kritisiere, so habe doch die PSOE versagt, über ihr Handeln nachzudenken.

>> **Maragall verzichtet auf Kabinettsumbildung**

Kataloniens Regionalpräsident Pasqual Maragall (Foto) hat nach heftigen Vorwürfen der Vetternwirtschaft aus den eigenen Reihen angekündigt, nun doch auf die Umbildung seines Kabinetts zu verzichten. Er hatte ursprünglich ge-



plant, seinen Bruder Ernest Maragall zum Hochschulminister zu machen. Der Regionalpräsident hatte zunächst stur auf seine Richtlinienkompetenz beharrt, die Regierung umzubilden, musste dann aber aufgrund von Protesten seiner beiden Koalitionspartner und aus den Reihen der eigenen Partei seine Haltung revidieren. Dennoch will er die Regionalregierung kurzfristig reformieren. Künftig werden mehrere Ministerien jeweils durch eine übergeordnete Kommission vertreten. Dadurch sollen die Regierungsgeschäfte besser koordiniert werden. Die oppositionelle CiU kritisierte das Verhalten Maragalls und äußerte die Sorge, dass dies erst der Anfang einer schweren Regierungskrise in Katalonien sei.

>> **Bericht der Guardia Civil erhärtet Betrugsverdacht**

Der Geheimdienst der Guardia Civil hat neue Erkenntnisse vorgebracht, die den Verdacht erhärten, dass Gefangene des baskischen Terrororganisation ETA mehrfach unrechtmäßige Unterstützung von der Universität des Baskenlandes (UPV) erhalten haben. Die Inhaftierten hatten in der Vergangenheit Strafvergünstigungen bekommen, wenn sie ein Studium an der UPV bereits abgelegt oder begonnen hatten. Sowohl Professoren, die der ETA nahe stehen, als auch Verwaltungsmitarbeiter sollen Examensnoten und Matrikelnummern gefälscht haben. Außerdem

legten einige Häftlinge Abschlüsse in Fächern ab, die gar nicht an der Universität angeboten werden. Der Bericht spricht von einem perfekt organisierten System. Das Gutachten, welches bereits an die Staatsanwaltschaft übergeben wurde, gibt den Vorwürfen des spanischen [Verbandes der Terroropfer \(AVT\)](#) weitere Nahrung. Dieser hatte vor dem Obersten Strafgericht eine Klage gegen die Fälschungen eingereicht, sich dabei aber bisher nur auf Medienberichte gestützt.

>> **Zapatero setzt weiter auf Verhandlungen mit der ETA**

Die Spekulationen um einen Waffenstillstand der Regierung mit der Terrorbande gehen weiter. Ministerpräsident José Luis Zapatero ließ verlauten, er gehe davon aus, noch vor Weihnachten mit der ETA zu



einer entsprechenden Vereinbarung zu kommen. Die baskische PP-Vorsitzende [María San Gil](#) (Foto) kritisierte den Regierungschef für seine Antiterrorpolitik im Baskenland. Zapatero wolle die ETA wohl nicht mehr zerschlagen, sondern sich mit ihr an einen Tisch setzen, sagte San Gil. Er brauche jetzt einen Erfolg, um von der gegenwärtigen Diskussion um die Reform des katalonischen Autonomiestatuts abzulenken, gerade, weil auch die Basken die Anerkennung als „Nation“ eingefordert hatten. Die ETA selbst lässt unterdessen nichts vom ver-

meintlichen Friedenswillen spüren. Am 26. Jahrestag der baskischen Verfassung, des Statuts von Guernica, verübte sie vier Bombenanschläge. Drei der Sprengsätze waren an Gerichtsgebäuden im Baskenland und in Navarra, der vierte an einer Schule angebracht. Bei den Explosionen entstand nur geringer Sachschaden, Personen waren nicht betroffen. In einem Bekennerschreiben hieß es, man sei nur bereit zu verhandeln, wenn das Ergebnis die Selbstbestimmung des Baskenlandes sein würde. Bis dahin jedoch würde ihr „Krieg“ weitergehen. Der Sprecher der sozialistischen PSOE, José Blanco, betonte daraufhin, das einzige, was er von der ETA hören wolle, sei das Einstellen der Gewalt. Dies bleibe nach wie vor die Grundvoraussetzung für Friedensverhandlungen mit der ETA.

>> **PSOE vergleicht Aznar mit Milosevic**

Der außenpolitische Sprecher der sozialistischen PSOE-Fraktion, Raphael Estrella, hat einen Eklat im spanischen Parlament verursacht. In einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses verglich er den ehemaligen spanischen Regierungschef und PP-Politiker José María Aznar mit dem serbischen Diktator Slobodan Milosevic. Estrella bezog sich in seinem Vergleich auf die Kritik Aznars, welcher Ministerpräsident Zapatero im Zusammenhang mit dem katalonischen Autonomiestatut eine „Balkanisierung“ Spaniens vorgeworfen hatte. Die

Volkspartei reagierte empört auf diese Anschuldigungen. Der außenpolitische Sprecher der PP-Fraktion, [Gustavo de Aristegui](#), bezeichnete den Vergleich als völlig inakzeptabel. Auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Josep Duran i Lleida, forderte Estrella auf, sich zu entschuldigen. Selbst Außenminister Miguel Ángel Moratinos sagte, man werde niemals die Ehre eines ehemaligen Staatschefs anzweifeln, unabhängig von seiner Person. Nach dieser Woge der Enttäuschung zog Estrella zwar den Vergleich zurück; seine Attacken gegen Aznar setzte er jedoch fort, indem er ihn als „schwachsinnig“ und „unverantwortlich“ bezeichnete.

>> **Regierungsnahe Stiftung lädt radikalen Islamisten ein**

Die Einladung der regierungsnahen Atman-Stiftung an den radikalen Islamisten Tariq Ramadán zu einer Vortragsveranstaltung über die „Allianz der Zivilisationen“, die Ministerpräsident Zapatero initiiert hat, löste genau das Gegenteil von dem aus, was die spanische Regierung beabsichtigt hatte. Ursprünglich als Forum gedacht, auf dem sich westliche und arabische Kulturen näher kommen, führte die Einladung des radikalen Islamisten zu einem außenpolitischen Eklat. Zunächst empörte sich die Volkspartei und bezeichnete die Einladung an Ramadán als ungeheuerlich. Ihr außenpolitischer Sprecher, Gustavo de Arístegui, bezeichnete Ramadán als

„Sprachrohr des Terrors“. Hier würde deutlich, was die „Allianz der Zivilisationen“ für eine Qualität besäße. Auch der Verband der Terroropfer in Spanien, AVT, kritisierte die Einladung. Man könne nicht jemandem sprechen lassen, der den Terrorismus öffentlich unterstützt, hieß es. Danach distanzierte sich ebenfalls der israelische Botschafter in Spanien, Victor Harel, von der Veranstaltung und schloss eine Teilnahme seinerseits aus. Aufgrund der Protestwelle zog Ministerpräsident Zapatero kurzfristig die Reißleine und sagte seine Teilnahme an der Veranstaltung „aus terminlichen Gründen“ ab. Stattdessen schickte er Außenminister Miguel Angel Moratinos vor.

Tariq Ramadán, gebürtiger Ägypter, ist ein Verwandter des Gründers der Terrororganisation „Muslimbrüderschaft“. Der heute in der Schweiz lebende Islamist hatte die Terroranschläge von New York und Madrid verharmlost und darf deshalb nun nicht mehr in die USA einreisen.

>> **PP-Entwurf für neues Bildungsgesetz**



Im Dauerstreit um die große Bildungsreform in Spanien hat die Volkspartei offiziell ihren Gegenvorschlag zu dem von der Regierung Zapatero eingebrachten Bildungsgesetz, LOE, vorgelegt. Der Entwurf soll in der kommenden Woche im Parlament diskutiert werden. Die PP-Bildungsexpertin und ehemalige Ministerin, Ana Pas-

tor, sagte, im Gegensatz zum LOE würde der Vorschlag der PP „Freiheit, Gleichheit und Qualität“ gleichzeitig sicherstellen. Die Bildungsreform sei schon lange überfällig und müsse nun endlich angepackt werden. Der Regierungsentwurf sei genau wie das katalonische Autonomiestatut lediglich ein weiterer Schritt zur Zerstörung der Nation, so Pastor. Eckpunkte des PP-Konzepts sind die Wiedereinführung von Religion als Pflichtfach und das Allgemeinabitur. Ferner fordert die Volkspartei für Schulen und Lehrpersonal 1,2 Mrd. Euro mehr als im LOE vorgesehen.

>> Spaniens Arbeitslosenquote auf niedrigstem Stand seit 25 Jahren



Nach einer Mitteilung des Nationalen Statistikamtes INE

ist die Arbeitslosenquote in Spanien auf 8,4 Prozent gesunken – nach 9,3 Prozent im Vorquartal und 10,7 Prozent im Vorjahresquartal. Dies ist der niedrigste Stand seit 1979. Grund für die Abnahme der Arbeitslosigkeit sei ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Insgesamt nahm die Arbeitslosenzahl in den letzten 12 Monaten um 337.500 Personen ab. "Erstmals seit dem EU-Beitritt liegt jetzt die spanische Arbeitslosenquote unter dem europäischen Durchschnitt. Denn jeder dritte neue Arbeitsplatz innerhalb der EU wurde in Spanien geschaffen", so Spaniens Wirtschaftsminister Pedro Solbes. Die Schaffung von sozial-

pflichtigen Arbeitsplätzen steht allerdings auch im Zusammenhang mit der Legalisierung illegaler Einwanderer in diesem Jahr. Dabei handelt es sich vor allem um Arbeitsplätze im niederen Dienstleistungsbereich.

>> Portugals Gerichte streiken gegen Kürzungen

Ein Streik von Richtern und Staatsanwälten in Portugal hat den Gerichtsbetrieb im ganzen Land zum Erliegen gebracht. Die Juristen schlossen sich Mitte letzter Woche einem Ausstand der übrigen Justizangestellten an. Nach Regierungsangaben legten mindestens 85 Prozent aller am Gericht Beschäftigten ihre Arbeit nieder, um gegen die Streichung ihrer Vergünstigungen bei der Kranken- und Rentenversicherung durch die Regierung von Ministerpräsident José Sócrates (Foto) zu protestieren.



Die sozialistische Regierung veranlasste in einer Krisensitzung, die Richter und Staatsanwälte per Dienstverpflichtung zur Rückkehr in die Gerichtssäle zu zwingen. „Es ist nicht einzusehen, dass die Justizbeamten eine bessere Krankenversicherung haben sollen als die anderen Staatsbediensteten und als ich selbst“, betonte der Regierungschef. Auch in der Bevölkerung stieß der Streik auf wenig Verständnis. Die Justiz in Portugal steht wegen ihrer Langsamkeit in

einem schlechten Ruf. Zudem war sie wegen mehrerer Fehlurteile in die Kritik geraten.

Die von der Regierung geplanten Kürzungen im öffentlichen Sektor werden etwa 40 Prozent der rund 700.000 Beamten in Portugal betreffen, unter ihnen Lehrer, Ärzte und Soldaten. Ziel der Regierung ist es, im kommenden Jahr die Ausgaben für die Sozialversicherungssysteme um 2 Mrd. Euro zu senken und somit das Staatsdefizit von bisher 6,1 Prozent des BIP auf 4,8 Prozent zu verringern.

>> Portugals Linksparteien streiten um Präsidentschaftskandidaten

In der politischen Linken in Portugal nehmen die Auseinandersetzungen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Januar 2006 kein Ende. Der bekannte sozialistische



Dichter und selbst ernannte Präsidentschaftskandidat Manuel Alegre (Foto)

warf seiner Partei vor, nicht den Bewerber des konservativen Lagers, Anibal Cavaco Silva (PSD), zu bekämpfen, sondern ihn, Alegre, selbst als Kandidat verhindern. Die sozialistische Partei (PS) von Ministerpräsident José Sócrates unterstützt offiziell die Kandidatur des 80-jährigen Altpräsidenten Mário Soares. Nach der Kritik teilte die PS Alegre mit, dass seine Anhänger die Parteibüros nicht mehr für ihren Wahlkampf nutzen dürfen. Im Kampf um den Einzug in das Präsi-

dialamt ist der PSD-Kandidat und ehemalige Ministerpräsident Cavaco Silva im Moment klarer Favorit.

>> Vorerst kein Referendum über Abtreibung

Das für November geplante Referendum über eine Lockerung des Abtreibungsgesetzes in Portugal ist vom Verfassungsgericht mit einer Stimme Mehrheit gestoppt worden. Als Begründung wurde angegeben, es sei nicht verfassungskonform, zweimal innerhalb einer parlamentarischen Sitzungsperiode ein solches Vorhaben anzugehen.

Ministerpräsident José Sócrates hatte bereits im Mai versucht, ein Referendum durchzuführen, scheiterte jedoch am Einspruch von Staatspräsident Jorge Sampaio, der wegen der Sommerferien eine zu geringe Beteiligung befürchtete. Die Regierung muss nun bis September 2006 warten, um die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes erneut angehen zu können.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.

Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Zusammengestellt:

Stefan Reith

Matthias Vogl

Design: Normann Kreuter

Postanschrift:

Paseo de la Castellana 167

28046 Madrid, España

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: kasmad@gmx.net

Web: www.kas.de/espana